

Stand: 07.05.2026 14:02:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20846

"Nebentätigkeiten im Staatsdienst"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20846 vom 22.02.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21132 des OD vom 13.03.2018



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Andreas Lotte, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Kathi Petersen, Susann Biedefeld SPD**

Nebentätigkeiten im Staatsdienst

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag Bericht zu erstatten über den Umfang der Nebentätigkeiten der Beamtinnen und Beamten und der Tarifbeschäftigten des Freistaates Bayern.

Hierbei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Beamtinnen und Beamte und wie viele Tarifbeschäftigte gehen einer zusätzlichen Nebentätigkeit nach aufgeschlüsselt nach
 - a) Dienort, Besoldungsgruppe bzw. Entgeltgruppe und Kapitel im Staatshaushalt (z. B. Kap. 04 05 Justizvollzugsanstalten oder Kap. 06 05 Finanzämter usw.) und
 - b) Wohnort, Besoldungsgruppe bzw. Entgeltgruppe und Kapitel im Staatshaushalt?
- Bei wie vielen Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigten liegt dabei
 - a) eine Vollzeitbeschäftigung und
 - b) eine Teilzeit- oder Halbtagsbeschäftigung zu Grunde?
- Wie viele Genehmigungen betreffen die Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten?

Des Weiteren möge die Staatsregierung zur Frage der Entwicklung der erteilten Nebentätigkeitsgenehmigungen in den vergangenen zehn Jahren sowie zur Frage der im selben Zeitraum angefallenen Überstunden Stellung nehmen, jeweils differenziert nach Beamtinnen und Beamten, Tarifbeschäftigten sowie Kapiteln im Staatshaushalt.

Begründung:

Wie die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Prof. Peter Paul Gantzer zu Nebentätigkeiten bei der Bayerischen Polizei (Drs. 17/18350) ergeben hat, geht in diesem Bereich etwa jeder siebte Beschäftigte zusätzlich noch einem Nebenjob nach, wobei insbesondere in Ballungsräumen vermehrt Nebentätigkeiten beantragt werden. Da davon auszugehen ist, dass dieser Trend nicht nur im Polizeidienst sondern im allgemeinen in der öffentlichen Verwaltung anzutreffen ist, möge die Staatsregierung hierüber berichten, damit der Landtag seine Schlüsse aus dieser Entwicklung ziehen kann.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD**
Drs. 17/20846

Nebentätigkeiten im Staatsdienst

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Berichterstatter: **Stefan Schuster**
Mitberichterstatter: **Florian Hölzl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 13. März 2018 beraten; die Antragsteller haben den Antrag zurückgezogen.

Tobias Reiß
Vorsitzender